Präsident André Kuper: Danke, Herr Minister. – Eine weitere Wortmeldung gibt es von Frau Brems zur letzten, dritten Zusatzfrage.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, ich finde einige Ihrer Aussagen ein bisschen widersprüchlich. Einerseits sprechen Sie davon, dass diese drei Alternativen gleichberechtigt sind. Andererseits hörten sich einige Ihrer Aussagen danach an, dass für Sie persönlich der Verbleib in Jülich nicht so sehr infrage kommt. Deswegen habe ich die konkrete Nachfrage: Sind für Sie alle drei Alternativen wirklich gleichberechtigt oder haben Sie eine eigene Priorität?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Frau Brems, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das nachfragen. Wir gehen da ohne Priorität herein. Wir sind auch nicht diejenigen, die vorrangig eine Entscheidung zu treffen haben. Wir werden mit einbezogen und sind an der Umsetzung zu beteiligen – in welcher Form auch immer. Das ist völlig klar. Genehmigungsrechtlich habe ich unseren Spielraum dargelegt. Ich gehe da sehr neutral rein.

Auf Nachfragen kann ich nicht sagen, ein Neubau in Jülich würde sich im Moment völlig problemlos darstellen. Genauso wenig wären der Transport nach Ahaus oder der Rücktransport in die Vereinigten Staaten problemlos. Das ist nicht der Fall. Alle drei Varianten haben ihre spezifischen Probleme und offenen Fragen. Sonst wären die Fragen ja schon beantwortet.

Zu den offenen Fragen eines Zwischenlagers Jülich gehört unter anderem das Erdbebenproblem.

Das zweite Problem, was sich in der Abwägung stellt – darauf habe ich Frau Kollegin Düker aufmerksam gemacht –, ist eben, dass wir, wenn dort neu gebaut werden müsste, von einem Zeitraum von mindestens zehn Jahren ausgehen müssen. Wenn ich diese Information habe, muss ich Sie ehrlicherweise auch auf diese Aspekte hinweisen.

Das heißt aber nicht, dass das für mich bedeutet, dass das keine Option wäre. Es ist natürlich eine, weil man abwägen muss, was denn die anderen Optionen sind und welche Probleme und Restriktionen sie aufweisen. Da das im Moment noch nicht abschließend zu beurteilen ist, sind für mich alle drei gleichrangig Gegenstand der Prüfung. Ich hoffe, dass man die Fragen bald abschließend beantworten kann und dass der Bund, die JEN als Bundesunternehmen, auch einen Vorschlag macht, mit welcher Begründung er welche dieser drei möglichen Lösungen präferiert und umsetzen möchte.

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegt keine weitere Zusatzmeldung zu dieser Mündlichen Anfrage vor.

Daher rufe ich nun die

Mündliche Anfrage 12

des Abgeordneten Norwich Rüße von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf:

Erschwert die Landesregierung die Bekämpfung von Umwelt- und Lebensmittelkriminalität?

Umweltkriminalität gilt hinter Waffen-, Drogen- und Menschenhandel als das viertgrößte Verbrechen weltweit. Dies umfasst die Bereiche der Abfallwirtschafts- und der Lebensmittelkriminalität sowie all jene Handlungen, die gegen Vorschriften zum Schutz der Umweltgüter Boden, Wasser, Luft, Pflanzen und Tiere verstoßen.

Die Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität richtet sich überwiegend nach den Schutzvorschriften des Lebensmittelschutzrechts.

Bei der Verfolgung und Ahndung von Straftaten im Bereich der komplexen und rechtlich anspruchsvollen Umwelt- und Lebensmittelkriminalität müssen Polizei, Justiz und Umweltverwaltungsbehörden eng zusammenarbeiten.

Um diese Zusammenarbeit besser organisieren und unterstützen zu können, wurde 2004 im nordrhein-westfälischen Umweltministerium die Stabsstelle Umweltkriminalität (später: „Umwelt- und Verbraucherkriminalität“) eingerichtet. Diese den Fachabteilungen übergeordnete und weisungsunabhängige Einrichtung übernahm wichtige Aufgaben der Koordinierung, Beratung und Unterstützung der beteiligten Stellen. Sie baute ein Netzwerk zu allen Einrichtungen, Behörden und Organisationen mit Berührungspunkten zum Bereich der Bekämpfung von Umweltkriminalität aus, versorgte diese mit den Informationen und nahm Hinweise entgegen. Die Stabsstelle erstattete selbst Strafanzeigen oder gab Stellungnahmen für Ermittlungs- und Strafverfahren ab.

Durch die Umorganisation des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MULNV) wurde diese Stabsstelle durch die schwarz-gelbe Landesregierung kürzlich abgeschafft und die Zuständigkeiten auf zwei Fachreferate übertragen.

Frage:

Was waren die Gründe der Landesregierung für die Abschaffung der Stabsstelle „Umwelt- und Verbraucherkriminalität“?

Die Landesregierung hat angekündigt, dass Frau Ministerin Schulze Föcking auf die vorliegende Mündliche Anfrage antworten wird. Bitte, Frau Ministerin.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die Frage. – Um eins vorweg deutlich zu sagen: Ich habe dazu schon im zuständigen Ausschuss ausführlich ausgeführt, aber selbstverständlich wiederhole ich es hier noch einmal sehr gerne, weil ich finde, dass es wichtig ist, dass wir darüber ausgiebig sprechen, wenn ein solcher Vorwurf im Raum steht.

Die Aufgaben der bisherigen Stabsstelle Umweltkriminalität werden im Vergleich zur Situation bei Regierungsantritt nicht nur unverändert in meinem Hause wahrgenommen, sondern sie sind sogar erweitert worden. Die Entdeckung und Verfolgung von Umweltkriminalität und Verbraucherbetrug sind der Landesregierung sehr wichtig, weshalb wir insgesamt für eine höhere Schlagkraft gesorgt haben.

Bei Amtsantritt der Landesregierung war die Stabsstelle faktisch nur mit einer Person besetzt, deren Arbeitsschwerpunkt das Greifvogelmonitoring war. Die zweite, eigentlich für den Kampf gegen Verbraucherschutzkriminalität eingestellte Person war in diesem Bereich über Monate hinweg nicht tätig.

Mit unserer Organisationsentscheidung ist dies nun anders. Die Bekämpfung der illegalen Verfolgung von Greifvögeln und des illegalen Handels mit geschützten Arten erfolgt in der Naturschutzabteilung, also dort, wo eindeutig auch fachliche Bezüge zum Artenschutz bestehen. Mit der Bekämpfung des Lebensmittelbetrugs, die in der Verbraucherschutzabteilung angesiedelt wurde, haben wir einen, wie ich finde, wichtigen neuen Akzent gesetzt.

Die Bekämpfung der Verbraucherkriminalität ist damit jetzt erstmals überhaupt ein Thema in der operativen Arbeit des Ministeriums. Der Geschäftsverteilungsplan nennt hier die Mitwirkung bei Vorgängen des Ministeriums und des Geschäftsbereichs, bei denen konkrete Anhaltspunkte für betrügerische Praktiken im gesundheitlichen Verbraucherschutz bestehen.

Darüber hinaus gibt es die Abstimmung behördenübergreifender Maßnahmen in diesem Bereich, außerdem die Bewertung strafrechtlich relevanter Sachverhalte, die Auswertung einschlägiger Literatur und Rechtsprechung, den Aufbau und die Unterhaltung einer Netzwerkstruktur zu Einrichtungen, die Berührungspunkte zum Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes aufweisen.

Die Fachabteilung hat die Maßnahme wie folgt kommentiert: Durch die Umsetzung des Personals in die fachlichen Zusammenhänge konnten die Bereiche der betrügerischen Praktiken im Verbraucherschutz, im Tierschutz und in der Landwirtschaft deutlich gestärkt werden. Insbesondere konnte die enge Zusammenarbeit der verschiedenen zu beteiligenden Behörden strukturell verbessert werden. – Zitatende.

Alle übrigen Fragen zur Umweltkriminalität, die nicht in die beschriebenen fachlichen Zuständigkeiten der Linienorganisation fallen, werden vom Justiziariat des Ministeriums koordiniert. Der Geschäftsverteilungsplan benennt künftig ausdrücklich Grundsatzfragen der Umweltkriminalität und des Umweltstrafrechts sowie die Unterstützung der Fachabteilung bei Straftaten gegen die Umwelt.

In diesem Zusammenhang möchte ich ebenso klarstellen: Bei der Stabsstelle handelte es sich mitnichten um eine Strafverfolgungsbehörde, denn diese Aufgaben obliegen den Staatsanwaltschaften und der Polizei. Das ist damals bei der Einrichtung auch ausdrücklich festgehalten worden. Die Stabsstelle hat – Zitat – keine polizeilichen oder staatsanwaltschaftlichen Befugnisse. – Die erwähnten Umweltskandale sind somit sachlich nicht durch die Stabsstelle, sondern durch die Umweltbehörden – etwa vom Landesamt oder durch die Bezirksregierungen – entdeckt und aufgeklärt worden.

(Beifall von der CDU)

Die Verfolgung dieser Delikte oblag den Strafverfolgungsbehörden, die dabei fachlich durch die Umweltverwaltungen, auch durch die Fachabteilungen meines Ministeriums, beraten wurden.

Ich fasse zusammen: Damit arbeiten in diesem Bereich heute je nach Bedarf mindestens zwei bis zu vier Beschäftigte statt wie vorher nur einer, und dies in drei Referaten und nicht, wie in der Mündlichen Anfrage dargestellt ist, in zwei Referaten. Zudem besteht auf Leitungsebene ein intensiver Austausch zu Fragen der Kriminalitätsbekämpfung mit dem dafür federführenden Innenministerium.

Abschließend sage ich gerne noch einmal: Die Entdeckung und Verfolgung von Umweltkriminalität oder von Verbraucherbetrug ist der Landesregierung sehr wichtig, weshalb wir insgesamt für eine höhere Schlagkraft gesorgt haben und das neu umgesetzt und weiterentwickelt haben. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich habe jetzt eine erste Wortmeldung zu einer ersten Zusatzfrage von Frau Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, danke schön für die Antwort. Die Stabsstelle Umweltkriminalität war bisher weisungsunabhängig und hat auch unabhängig

agiert. Sie haben jetzt gesagt, dass die Zuständigkeiten auf die Fachabteilungen aufgeteilt wurden. Da stellt sich mir natürlich die Frage, ob die Weisungsunabhängigkeit jetzt auch für die Fachabteilungen gilt.

Präsident André Kuper: Frau Ministerin.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Liebe Kollegin Schäffer, selbstverständlich ist es uns ein Anliegen, dass nach wie vor sehr sauber und dementsprechend frei gearbeitet wird.

Im Moment ist es so, dass das, was vorher an Koordination bei der Stabsstelle lag, jetzt über das Justiziariat läuft, um dann weiter in die Fachabteilungen zu gehen. Sie halten bei entsprechenden Anliegen selbstverständlich Rücksprachen, auch mit der Hausspitze. Sie erhalten aber keinerlei Weisungen dergestalt, dass gesagt wird, es dürfe nicht weitergearbeitet werden – sofern Sie darauf hinauswollen. Auf gar keinen Fall!

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Zu einer ersten Zusatzfrage hat der Abgeordnete Rüße das Wort.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie haben eben gesagt, es seien jetzt vier Personen, wenn ich es richtig verstanden habe, mit den Aufgaben betraut. Das seien ja mehr als zwei bzw. eine Person. Ich wüsste gerne von Ihnen, ob diese vier Personen vollumfänglich mit diesen Aufgaben betraut sind, sich also ausschließlich diesen Aufgaben widmen, die aus der Stabsstelle herausgenommen worden sind, und ob diese Personen konkret benannt sind, die diese Aufgaben übernommen haben.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Lieber Kollege Rüße, ich habe gesagt: zwei bis vier Personen. Zwei sind hier auch konkret benannt. Dann wird je nach Bedarf, was an Fällen bzw. Anfragen kommt, verteilt. Wichtig ist meiner Meinung nach für Sie, zu wissen, dass das die oberste Priorität hat. Wenn der Bedarf dafür vorhanden ist, wird im Haus dafür dementsprechend die Unterstützung gegeben.

Bei Antritt war es so, dass faktisch nur eine Person für diesen Bereich zuständig war bzw. die Arbeit geleistet hat. Dementsprechend wollten wir hier die Schlagkraft erhöht wissen; denn es ist uns selbstverständlich wichtig zu gewährleisten, dass die Umwelt sicher ist und wir all diesen Fällen, die da kommen, unterstützend nachgehen können.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Als Nächstes hat der Kollege Klocke das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie haben zu der Neuorganisation jetzt schon einiges gesagt. Trotzdem ist es mir nicht ganz plausibel. Ich erinnere mich an eine der letzten Sitzungen des Verkehrsausschusses, in der Ihr Kollege Wüst die Einrichtung der Stabsstelle „Dauerstau“ im Ministerium als großen Schritt nach vorne, als Aufwertung eines Themas vorgestellt hat. Die Einrichtung einer Stabsstelle stellt ja grundsätzlich, wenn man das in einem Haus konzentriert, eher die Aufwertung eines Themas dar. Sie stellen das jetzt so dar, dass die Abschaffung der Stabsstelle und die Neuorganisation die Aufwertung dieses Themas voranbringt.

(Bodo Löttgen [CDU]: Gibt es noch eine Frage?)

Könnten Sie das noch einmal erläutern? Mir ist es bis jetzt nicht klar, warum die Zerschlagung dieser Stabsstelle eine Aufwertung der Möglichkeiten in diesem Bereich …

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

– Entschuldigung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Ich stelle hier eine sachliche Frage.

(Zuruf von der CDU: Stimmt nicht! Bisher haben Sie nur Feststellungen getroffen!)

– Unabhängig davon bin ich jetzt derjenige, der hier im Plenum das Wort hat, und der Präsident erteilt das Wort. Wenn Sie sich gern zu Wort melden wollen, dann können Sie das ja tun. Sie müssen mir jetzt keine Anweisungen geben.

(Zuruf von der CDU: Bisher waren das nur Wortbeiträge!)

– Ich habe der Ministerin eine Frage gestellt, und ich würde mich freuen, wenn sie die beantworten würde.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! – Herzlichen Dank, Herr Kollege Klocke, für die Frage. Selbstverständlich beantworte ich Ihnen das gerne. Ich würde gar nicht an dem Namen, wie Sie es derzeit tun, festhalten wollen. Viel wichtiger ist doch, wie wird dieses weiterentwickeln und welches das Ziel ist, das wir, glaube ich, am Ende sehr ähnlich formulieren können.

Wir haben schon festgestellt, dass wir unterschiedliche Fachlichkeiten brauchen. Deshalb haben wir in

diesen drei Abteilungen die Aufteilung vorgenommen, um immer die bestmöglichen Kolleginnen oder Kollegen aus dem Haus zur Unterstützung zu haben.

Was aus meiner Sicht noch wichtig ist: Die Frage war ja, welche Behörden und welche Bereiche für die Bekämpfung, Entdeckung und Aufklärung von Delikten gegenüber Umwelt zuständig sind. Das ist ja immer noch die Kernfrage, die sich bei Ihnen im Ausschuss abgezeichnet hat. Insgesamt, das möchte ich noch einmal betonen, sind mehrere Tausend Menschen auf verschiedenen Behördenebenen in Nordrhein-Westfalen mit der Umweltüberwachung und daher mit der Aufdeckung potenzieller Umweltdelikte sowie deren Aufklärung und Verfolgung zuständig.

Das fängt bei den unteren Umweltbehörden der Kreise und kreisfreien Städte an, geht weiter über die zuständigen Dezernate der Bezirksregierungen, die zum Beispiel Industrieanlagen überwachen, bis hin zum Landesumweltamt, dem LANUV, das für die Gewässerüberwachung sowie für Luft und Boden zuständig ist.

Die Stabsstelle Umweltkriminalität spielte bei der Umweltüberwachung da überhaupt keine Rolle. Insofern ist es, finde ich, eine Missachtung der vielen engagierten Mitarbeiter in der nordrhein-westfälischen Umweltüberwachung, wenn behauptet wird, das Ministerium spreche eine Einladung an Straftäter aus. Diese Diskussion hatten wir auch. Richtig ist: Die Behörden schauen ganz genau hin. Wir wollen hier nach wie vor an einem Strang ziehen, um Umweltdelikte aufzuklären.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Nun darf ich zur zweiten und letzten Frage Frau Schäffer das Wort erteilen.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident. Ich freue mich sehr, dass auch der Innenminister gerade zugegen ist. Es ist so, die Umweltkriminalität ist das viergrößte Verbrechen weltweit. Hinter Menschenhandel und Drogenhandel kommt sehr schnell die Umweltkriminalität. Wir hatten in einer Kleinen Anfrage die Zahlen zur Umweltkriminalität in Nordrhein-Westfalen abgefragt. Wir wollten wissen, wie viele Delikte es gibt. Die Zahlen sind sehr unübersichtlich.

Deshalb ist meine Frage an die Landesregierung, ob angedacht wird, dort für mehr Klarheit zu sorgen, indem zum Beispiel die Polizeiliche Kriminalstatistik so umstrukturiert wird, dass man die Delikte zur Umweltkriminalität dann auch direkt einordnen kann, um eine bessere Übersicht über diese Delikte zu bekommen.

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Frau Ministerin Schulze Föcking hat das Wort.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Frau Kollegin Schäffer, vielen Dank für die Frage. Ich habe mir diesbezüglich auch noch einmal die Polizeiliche Kriminalstatistik der Bundesrepublik Deutschland angeschaut, um einen Überblick zu haben, wie es bundesweit aussieht.

Von den Straftaten insgesamt entfallen 0,5 % auf den Umwelt- und Verbraucherschutzsektor. Wir haben die NRW-Zahlen. Ich habe die Kleine Anfrage Drucksache 17/1938, die mir hier vorliegt, im Februar bereits beantwortet. Der Antwort haben wir auch eine Anlage hinzugefügt bezüglich der Straftaten gegenüber der Umwelt, wie die Aufschlüsselung ist, und da sind sehr genau die einzelnen Fälle in den jeweiligen Jahren erfasst. Bekannt gewordene Fälle, Aufklärungsquote – das kann man alles in dieser Anlage verfolgen.

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Eine weitere Wortmeldung für eine Zusatzfrage ist von Frau Düker gekommen.

Monika Düker (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich habe Ihren Worten nicht entnommen – ganz banal gesagt –, warum man das eigentlich abgeschafft hat. Man schafft ja strukturell etwas ab, wenn es sich nicht bewährt hat. Nun haben Sie argumentiert, da habe nur ein Mensch gesessen. – Dann hätte man die Stabsstelle aufstocken können. Es geht ja um die strukturelle Entscheidung, wobei Sie offenbar in irgendeiner Form festgestellt haben, dass sich diese Stabsstelle nicht bewährt hat. Letztlich haben Sie uns gegenüber dazu keine Aussage getroffen, was sich konkret an der Stabsstelle nicht bewährt hat. Das möchte ich gerne von Ihnen konkret wissen.

Präsident André Kuper: Frau Ministerin.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! – Liebe Kollegin Düker, herzlichen Dank auch für die Frage. Es ging im Endeffekt um Effizienz, und deshalb ist das im Haus entsprechend weiterentwickelt worden. Ich sage Ihnen auch ganz offen: Würden wir feststellen, dass es so nicht effizient ist, dann muss noch einmal nachentwickelt werden.

Nur, der jetzige Stand war, dass die Stelle nicht so effektiv war; wir haben uns nur in einem Bereich bewegt. Die weit überwiegende Tätigkeit der Stabsstelle bezog sich auf – ich habe mir das noch einmal

herausgeholt – die Artenschutzkriminalität. Hier wurden von 2005 bis 2017 insgesamt 340 Fälle illegaler Greifvogelverfolgung dokumentiert und teilweise zur Anzeige gebracht. Diese Aufgabe wird im vollen Umfang so heute in der Naturschutzabteilung weitergeführt. Aber wir müssen das breiter sehen. Wir müssen auch den Bereich Verbraucherschutz und alle anderen Bereiche sehen, die auch über das Justiziariat gemacht werden. Dementsprechend haben wir gesagt, wir möchten das lieber in den Abteilungen mit dem Fachwissen und der Effizienz breit verankert wissen.

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Das Wort zu einer Zusatzfrage hat nun Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, anknüpfend an das, was Sie gerade ausgeführt haben, das breiter aufzustellen innerhalb des Hauses: Wenn ich es richtig verstehe, hat die Stabsstelle durchaus eine wichtige Bündelungsfunktion gehabt, also die Funktion, Netzwerke zu knüpfen und auch eine zentrale Anlaufstelle zu sein für Behörden, für Einrichtungen, für Organisationen. Wenn Sie nun sagen, Sie wollen das mehr im Haus verteilen, stellt sich für mich die Frage, inwieweit die Funktion einer zentralen Anlaufstelle – gerade um die Wichtigkeit des Themas zu unterstreichen – überhaupt noch gegeben ist.

Präsident André Kuper: Frau Ministerin.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! – Liebe Frau Kollegin Paul, gut, dass Sie das noch einmal so fragen, denn das könnte sonst zwar nicht missverstanden, aber zumindest nicht so gehört werden. Nach wie vor gibt es eine zentrale Anlaufstelle, das Justiziariat in der Abteilung I. Das hat gerade noch gestern hervorragend funktioniert. Da kam auch eine Anfrage. Anfragen werden dort gebündelt und gehen von dort weiter ins Haus, und die anderen Stellen werden beteiligt.

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Nun eine Wortmeldung der Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. – Sehr geehrte Frau Ministerin, da Ihre Einschätzung so ist, dass man eine herausgehobene Stabsstelle nicht braucht und Sie von einer besseren Effizienz durch die Umorganisation ausgehen, möchte ich Sie fragen, ob es eigentlich Tätigkeitsberichte über die Stabsstelle und ihre bisherige Arbeit im Umweltministerium gibt und ob Sie uns als Parlament diese Tätigkeitsberichte zur Verfügung stellen.

Präsident André Kuper: Frau Ministerin.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Zu Tätigkeitsberichten: Das war das, Frau Kollegin Beer, was ich einmal geäußert habe, um nachzufragen, was in den vergangenen Jahren war, um hier die Zahlen deutlich zu machen. Gerade für den Bereich Greifvogelmonitoring gab es das. Alles andere ist da nicht genau erfasst worden. Insoweit kann ich zu dem, was in der Vergangenheit gelaufen ist, auch beispielsweise in Ihrer Regierungszeit, nichts sagen. Da lag der Schwerpunkt in der Naturschutzabteilung bei den Greifvögeln. Das gibt es nach wie vor.

Präsident André Kuper: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, die Stabsstelle konnte ja bislang weisungsunabhängig und damit schnell arbeiten. Das ist ja in Fällen von Umweltkriminalität nicht unwichtig, dass man schnell agieren kann. Ich wüsste gerne, ob die jetzt damit betrauten Mitarbeiter auch genauso arbeiten können, also auch weisungsunabhängig sofort loslegen können. Oder wie ist das Konstrukt an der Stelle?

Präsident André Kuper: Frau Ministerin.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! – Lieber Kollege Rüße, in Fällen mit krimineller Energie können sie dementsprechend frei weiterarbeiten. Aber ich habe das, weil von Ihnen immer wieder die Anfrage kam, welche Stellung oder Befugnisse die Stabsstelle innerhalb des Ministeriums hatte, explizit herausholen lassen, auch im Vorfeld schon, weil wir uns Gedanken gemacht, wie man das umsetzen kann, damit es nicht weniger wird, sondern dass es mehr und besser wird.

Die Stabsstelle Umweltkriminalität wurde 2004 keineswegs als – Zitat – „den Fachabteilungen übergeordnete und weisungsunabhängige Einrichtung“ gegründet, wie es in der Mündlichen Anfrage irrtümlich dargestellt wurde; die Stabsstelle Umweltkriminalität wurde vielmehr dem Abteilungsleiter I zugeordnet. Sie war schon seinerzeit Bestandteil der Linienorganisation, und im Hauserlass wurden die Mitarbeiter lediglich gebeten – auch wieder Zitat –, „die Stabsstelle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.“ Ich zitiere weiter: „Ihre Aufgabe besteht aus Beobachtung, Koordination und Prävention. Sie hat

keine polizeilichen oder staatsanwaltschaftlichen Befugnisse."

Vor dem Hintergrund wird deutlich, dass die Einschätzung, die Stabsstelle sei so etwas wie das Herzstück der Bekämpfung der Umweltkriminalität in Nordrhein-Westfalen, wie es suggeriert wird, ein Stück weit an der Wirklichkeit vorbeigeht. Es wäre mir wirklich ein Anliegen, nicht einen Anschein nach außen geben, der so gar nicht stimmt, sondern wir sollten schon sagen: Ziel ist es – und darüber sollten wir uns alle hier im Hohen Hause einig sein –, dieses zu verbessern, nach vorne konstruktiv zu arbeiten und auch den Schwerpunkt weiter auszuarbeiten.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als Nächstes hatte sich Herr Klocke noch einmal gemeldet. – Nein? – Das ist nicht der Fall. Dann hat Herr Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Frau Ministerin, Sie betonen immer wieder, dass die Umweltstabsstelle keine Strafverfolgungsbehörde ist. Das sind die Steuerbehörden im Übrigen auch nicht, aber wenn die Steuerabteilungen nicht ermitteln würden, würde es nicht zur Anzeige kommen können, weil die Daten nicht da wären. Ich weiß nicht, warum Sie uns das jetzt immer wieder vortragen.

Wir haben ja heute eine konkrete Festlegung eines Schwerpunktes der Koalition wahrgenommen. Sie haben vorhin per Gesetzentwurf eingebracht, dass ein Transplantationsbeauftragter ganz bestimmte Stundenkontingente bekommen soll. Die Begründung im Gesetzentwurf lautet, dass dies notwendig ist, weil es sich in der Vergangenheit als nicht ausreichend erwiesen hat, dass jemand neben seiner eigentlichen Tätigkeit diese Tätigkeit wahrnimmt.

Sie legen jetzt fest – das haben Sie in Ihrer Antwort vorhin dargestellt –, dass Sie diesen Schwerpunkt nicht wollen, sondern die Stabsstelle nach Bedarf arbeiten lassen wollen. Warum haben Sie den Schwerpunkt von der Ermittlung der Umweltkriminalität weggenommen?

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! – Lieber Herr Kollege! Ich habe das heute zu Beginn auch hier einmal gesagt. Als ich kam, war die Stabsstelle faktisch mit einer Person besetzt, die die Arbeit geleistet hat. Heute sind es zwei Personen, die ständig damit beschäftigt sind, plus eventuell zwei weitere, also zwei bis vier, die je nach Bedarf dabei sind. Zwei sind ständig da.

Hinzu kommt der nachgeordnete Bereich, sei es einmal über Behörden, LANUV und Ähnlichem, aber eben auch vor Ort in den Kreisen, wo direkt Überprüfungen stattfinden.

Um das noch einmal zu betonen: Es war nicht so, dass die eine Person in der Stabsstelle die Arbeit vor Ort gemacht hat, all die Dinge entdeckt hat, sondern die Arbeit wurde im Haus gemacht. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir diese Linie in Sachen Fachabteilung haben, weil da auch das Fachwissen vorhanden ist, auf das man schnell zugreifen kann.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Die Stabsstelle hat ja offenbar so toll gearbeitet, Herr Rüße, dass sie Herrn Uhlenberg den PFT-Skandal und den Gammelfleischskandal von Frau Höhn vor die Füße gekippt hat. Das war dann offenbar der Erfolg Ihrer Umweltpolitik.

Meine Frage bezieht sich jetzt auf einen etwas kürzeren Zeitraum. – Frau Ministerin, in den Medien wurde behauptet, die Stabsstelle wäre an der Verfolgung und Aufklärung zahlreicher großer Umweltskandale in Nordrhein-Westfalen aktiv beteiligt gewesen. Als Beispiele wurden da etwa der Envio-Skandal oder das Kerosinleck bei Shell genannt.

Könnten Sie vielleicht einmal darstellen, inwieweit diese Behauptungen zutreffen und welchen Beitrag die Stabsstelle in diesen Fällen geliefert hat?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! – Lieber Kollege Deppe, nein, das trifft nicht zu. Ich möchte dies am Beispiel zweier Fälle deutlich machen, die mein Haus aus aktuellem Anlass noch einmal geprüft hat.

Beispielsweise die PCB-Belastung im Umfeld der Firma Envio: Erste Hinweise auf den Fall ergaben sich 2006/2007 durch auffällige Befunde im Wirkungsdauermessprogramm des LANUV im Bereich des Dortmunder Hafens. Diese wurden den zuständigen Immissionsschutzbehörden mitgeteilt und führten ab 2008 zu einer intensiven Quellensuche im Dortmunder Hafen. Federführend war die Bezirksregierung Arnsberg. Auch für das gesamte weitere Verfahren gab es nach Angaben des LANUV in der gesamten Zeit keine Kontaktaufnahme zur und durch die Stabsstelle Umweltkriminalität.

Beispiel Kerosinschadensfall bei Shell in Wesseling im Jahr 2012: Das Leck wurde durch Shell-Mitarbeiter entdeckt. Die Schadensmeldung erfolgte an die

Bezirksregierung Köln, die ihrerseits den TÜV und das LANUV beteiligt hat. Alle Aktivitäten erfolgten unter Beachtung der Umweltalarmrichtlinie und der Störfallverordnung. Eine Beteiligung der Stabsstelle Umweltkriminalität war nach Angaben des LANUV weder vorgesehen noch notwendig.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Bevor ich Frau Brems das Mikrofon freischalte, möchte ich einmal nachfragen: Wir haben jetzt noch zwei Wortmeldungen, die von Frau Brems und Herrn Rüße. Ist das korrekt? Ich frage, weil die Anlage die ganze Zeit ein klein wenig gesponnen hat. – Das ist so. – Dann, Frau Brems, ist Ihr Mikro jetzt frei.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! – Frau Ministerin, Umweltkriminalität ist ja ein Kontrolldelikt. Das heißt, man erfährt nur, ob irgendetwas verseucht, vergiftet wurde, wenn man danach sucht, wenn man es kontrolliert. Wie wir ja eben schon einmal gehört haben, gehört Umweltkriminalität zu den vier größten Verbrechen weltweit.

Deswegen noch einmal die konkrete Nachfrage an Sie: Was planen Sie zur Aufhellung des Dunkelfeldes ganz konkret, beispielsweise eine Dunkelfeldstudie oder doch mehr Kontrollen? Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen? – Danke schön.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! – Liebe Kollegin Brems, ich glaube, es war, ist und sollte auch immer Aufgabe sein, Kontrollen weiterzuentwickeln, besser zu machen. Dementsprechend bearbeiten die Behörden das vor Ort. Es wurde keinerlei Veränderung vorgenommen, weswegen es auch nicht heißen kann, dass da reduziert worden wäre. Im Gegenteil, die Arbeit läuft genauso wie bisher auch weiter.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Die letzte Frage hat dann Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Frau Ministerin, die Stabsstelle war ja auch als koordinierende Stelle gedacht, um ein Netzwerk aufzubauen, Informationen bereitzustellen, auch für nachgeordnete Behörden.

Mich interessiert in diesem Zusammenhang, inwieweit Sie an dem Entscheidungsprozess, diese Stabsstelle umzubauen, die Partner in diesem Netzwerk beteiligt haben, also die Kunden, die es dann ja auch gibt. Welche Beteiligungsprozesse gab es da?

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! – Lieber Kollege Rüße, um es kurz zu machen: Die Netzwerke bleiben dementsprechend erhalten. Da ist keine Zerschlagung oder Ähnliches vorgesehen. Ganz im Gegenteil! Ich kann nur das wiederholen, was ich zu Beginn der Fragestunde auch gesagt habe: Es ist nicht vorgesehen, irgendetwas zu reduzieren. Vielmehr wurde es sogar auf breitere Beine gestellt, damit wir effektiver und auch fachlich vertiefter hineingehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich frage vorsichtshalber noch einmal, ob es zu diesem Fragenkomplex noch bei jemandem den Wunsch nach einer weiteren Frage gibt. – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Mündliche Anfrage 12 auch beantwortet.

Mit Blick auf die Uhr stelle ich fest, dass die Zeit für die Fragestunde beendet ist.

Uns liegt allerdings noch die

Mündliche Anfrage 13

des Herrn Abgeordneten Arndt Klocke von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Thema ***„Wie will der Ministerpräsident das jetzt rechtskräftige Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zum Luftreinhalteplan Düsseldorf umsetzen?“*** vor. Soll sie beim nächsten Mal mündlich oder aber schriftlich beantwortet werden?

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Beim nächsten Mal!)

– Beim nächsten Mal. – Dann schließe ich die Fragestunde endgültig.

Ich rufe auf:

10 Chancen für alle – eine solide Ausbildung sicherstellen, neue Arbeitsplätze schaffen, Beschäftigte weiterbilden

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2154

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Schmitz das Wort.

Marco Schmitz (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Akademisierung der Welt oder der Ausbildung schreitet immer weiter voran. Wir finden immer weniger junge Menschen, die bereit sind, eine Ausbildung zu machen. Immer weniger junge Menschen – und das merkt die Wirtschaft; wir alle bekommen das in Gesprächen mit